

Erlangen, den 6.8.2014

Zweckentfremdung von Mitteln aus dem Programm „soziale Stadt“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Stadtrat in Erlangen musste ich feststellen, dass die Stadt Erlangen beabsichtigt, den Neubau einer bundesligatauglichen Handballhalle aus dem Programm „soziale Stadt“ fördern zu lassen. Ich bitte ihre Behörde, gegen diese Zweckentfremdung von Haushaltsmitteln des Bundes und des Landes tätig zu werden.

Der Bau dieser Halle wird im Wesentlichen betrieben, damit der gerade in die Handball-Bundesliga aufgestiegene „HC“ (Pro HC Erlangen GmbH & Co. KG) in Erlangen Heimspiele abhalten kann. Für Bundesligaspiele schreibt die Handball-Bundesliga GmbH nämlich eine Mindestausstattung vor, der keine Erlanger Halle genügt.

Hieß es noch in der Koalitionsvereinbarung vom Mai (Anlage 5, http://spd-erlangen.de/wp-content/uploads/2014/05/KoV_140424_Eckpunkte.pdf):

„das Konzept und der Standort für die neue Sporthalle sind richtig. Problematisch ist vor allem die Finanzierung. Da ein beträchtlicher Teil der Kosten durch den Bau als bundesligataugliche Handballhalle entsteht, wird es zur Realisierung notwendig sein, dass maßgebliche Teile der erforderlichen Gelder von Sponsoren oder anderen Zuschussgebern kommt.“

schreibt nun der Oberbürgermeister in einer aktuellen Pressemitteilung (Anlage 4, www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/pressemeldungen/31.07.2014_OB_100_Tage_im_Amt.pdf):

„Der Wettbewerb für ein Sport- und Begegnungszentrum im Stadtosten wurde abgeschlossen. Derzeit wird die Kostenrechnung erarbeitet. Parallel werden die Planungen vorangetrieben, um das Projekt in eine umfassende Entwicklung des Stadtteils um die sogenannte housing-area einzubinden. Damit werden die Grundlagen für eine Förderung durch das Bund-/Länderprogramm „Soziale Stadt“ geschaffen.“

Dies bestärkt Minister Herrmann in einem Gespräch mit den Erlanger Nachrichten (Anlage 3)

Als Unterpunkt der Genehmigung des Wettbewerbsergebnisses für den Bau der Handballhalle wurde am 23.7. im Stadtrat ein „Grundsatzbeschluss zur Aufnahme von

städtebaulichen Untersuchungen“ gegen unsere Stimmen gefasst (Anlage 2). Dieser Beschluss versucht u.E., durch eine sehr selektive Darstellung eine Begründung für einen Antrag auf Förderung aus dem Programm „soziale Stadt“ zu konstruieren. Die Handballhalle taucht nun unter dem wohlklingenden Namen „*Verbesserung/ Schaffung sozialer Infrastrukturen, wie z.B. geeigneter Orte der Begegnung im Quartier*“ auf.

Dem beiliegenden Protokollvermerk (Anlage 1) aus dem Stadtrat können Sie entnehmen, dass wir mit dem Antrag unterlagen, den zuständigen Behörden folgende u.E. entscheidungserheblichen Tatsachen offen zu legen:

1. Es soll eine Bundesliga-taugliche Handballhalle gebaut und mit dem Programm „soziale Stadt“ gefördert werden
2. Im Untersuchungsgebiet gibt es zwei Bürgertreffs, ohne dass begründet wird, warum diese Bürgertreffs keine „geeigneten Orte der Begegnung“ sein sollen.

Es war im Vorfeld auch davon die Rede, die Halle als Schulsporthalle fördern zu lassen, was unserer Meinung nach wegen des Verbots der Doppelförderung eine Förderung aus dem Programm „soziale Stadt“ ausschließt.

Nach unserer Kenntnis gehen die Richtlinien des Freistaates davon aus, dass die im Haushalt ausgewiesenen Mittel für Sport für Leistungssport verwendet werden. Der Bundeshandballverband hat aber nach unseren Informationen keinen Antrag auf Förderung gestellt und ist nicht am Aufbau eines zweiten Leistungszentrums neben Gummersbach interessiert. Somit kommt für die Handballhalle eine Sportförderung aus dem Landeshaushalt nicht in Betracht.

Sportförderung, wie z.B. die Finanzierung einer Handballhalle aus dem Programm „soziale Stadt“ widerspräche somit nicht nur den Richtlinien dieses Programms, sondern wäre eine Umlenkung von nicht zu Sportförderung vorgesehen Haushaltsmitteln.

Wir wissen nicht, ob es für Minister eine Regelung analog zum Art. 49 Gemeindeordnung (Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung) gibt. Wenn ja, wäre Staatsminister Hermann als Mitglied des Aufsichtsrates der Pro HC Erlangen GmbH & Co. KG gehalten, an der Entscheidung über den Förderantrag der Stadt nicht weiter mitzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen:

1. Protokollvermerk zu TOP 31.1. Stadtrat Erlangen, 23.7
2. Vorlage zu TOP 31.1. Stadtrat Erlangen, 23.7
3. Pressemitteilung des Erlanger Oberbürgermeisters
4. Artikel aus den Erlanger Nachrichten vom 23.7.2014
5. Koalitionsvereinbarung SPD, FDP, Grüne Liste vom Mai 2014

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann, Stadtrat

Protokollvermerk

OBM/13-2/FLB-T. 2306

Erlangen, 24.07.2014

610.3/001/2014

Grundsatzbeschluss zur Einleitung von städtebaulichen Untersuchungen im Bereich Hartmannstraße

I. Protokollvermerk aus der 4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Erlangen Tagesordnungspunkt 31.1 - öffentlich -

Protokollvermerk:

Herr StR Pöhlmann beantragt, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Es soll erst mit den Anwohnern geredet werden.

Der Vorsitzende OBM Dr. Janik spricht gegen diesen Antrag. Das Thema wurde bereits umfassend öffentlich diskutiert. Ein Schreiben der Anwohner wird derzeit beantwortet. Im Rahmen der städtebaulichen Untersuchungen ist eine Bürgerbeteiligung zwingend erforderlich, die dann auch durchgeführt wird. Der Antrag von Herrn StR Pöhlmann wird mit 2 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Weiterhin werden folgende Änderungsanträge der Erlanger Linke zur Abstimmung gestellt:

1. Es soll in den Beschlusstext aufgenommen werden, dass eine Handballhalle in unmittelbarer Nachbarschaft geplant ist.
Beschluss des Stadtrates: mit 2 gegen 47 Stimmen abgelehnt.
2. In die Antragsunterlagen soll aufgenommen werden, dass es im Umgriff ein bestehendes Begegnungszentrum gibt und direkt über die Straße ein weiteres Begegnungszentrum.
Beschluss des Stadtrates: mit 4 gegen 45 Stimmen abgelehnt.
3. Die Verwaltung möge in den Antragsunterlagen begründen, warum die bestehenden zwei Bürgertreffs keine geeigneten „Orte der Begegnung“ seien.
Beschluss des Stadtrates: mit 2 gegen 47 Stimmen abgelehnt.
4. Es soll in den Förderunterlagen das Ziel der Mitfinanzierung dieser bewussten Handballhalle genannt werden.
Beschluss des Stadtrates: mit 2 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Auf Antrag der Erlanger Linke wird im Protokoll festgehalten, dass Herr StR Pöhlmann und Herr StR Salzbrunn für die Änderungsanträge und gegen den Beschlussvorschlag gestimmt haben.

II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.

III. **Referat VI/610.3** zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Oberbürgermeister

Dr. Janik

Schriftführer/in:

gez.

.....

Friedel

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61

Verantwortliche/r:
Amt f. Stadtentwicklung u. Stadtplanung

Vorlagennummer:
610.3/001/2014

Grundsatzbeschluss zur Einleitung von städtebaulichen Untersuchungen im Bereich Hartmannstraße

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	22.07.2014	Ö	Gutachten	
Stadtrat	24.07.2014	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, für das in der Anlage dargestellte Quartier die erforderlichen Analysen und Studien zu erstellen, um die Voraussetzungen zur Aufnahme in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ und ggf. zur Festlegung als Sanierungsgebiet zu schaffen.

II. Begründung

Im Rahmen des Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramms „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ sollen städtebauliche Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung dieser Gebiete mit dem Ziel gefördert werden, die Wohnqualität sowie die Nutzungsvielfalt zu erhöhen, die Generationengerechtigkeit zu verbessern und zur Integration aller Bevölkerungsgruppen beizutragen.

Das dargestellte Quartier weist Anzeichen eines entsprechenden Förderbedarfs auf.

Die anstehenden Themen wie die Verbesserung der Wohnsituation im Bestand und des öffentlichen Raums, Möglichkeiten der Nachverdichtung, der besseren Integration von Flüchtlingen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen sowie die Verbesserung/Schaffung sozialer Infrastrukturen, wie z.B. geeigneter Orte der Begegnung im Quartier, sollen untersucht werden.

Die erforderlichen Haushaltsmittel zur externen Vergabe der erforderlichen Untersuchungen (max. 20.000 €) stehen unter IVP.-Nr. 547.400 (Kostenträger 54710061) bereit.

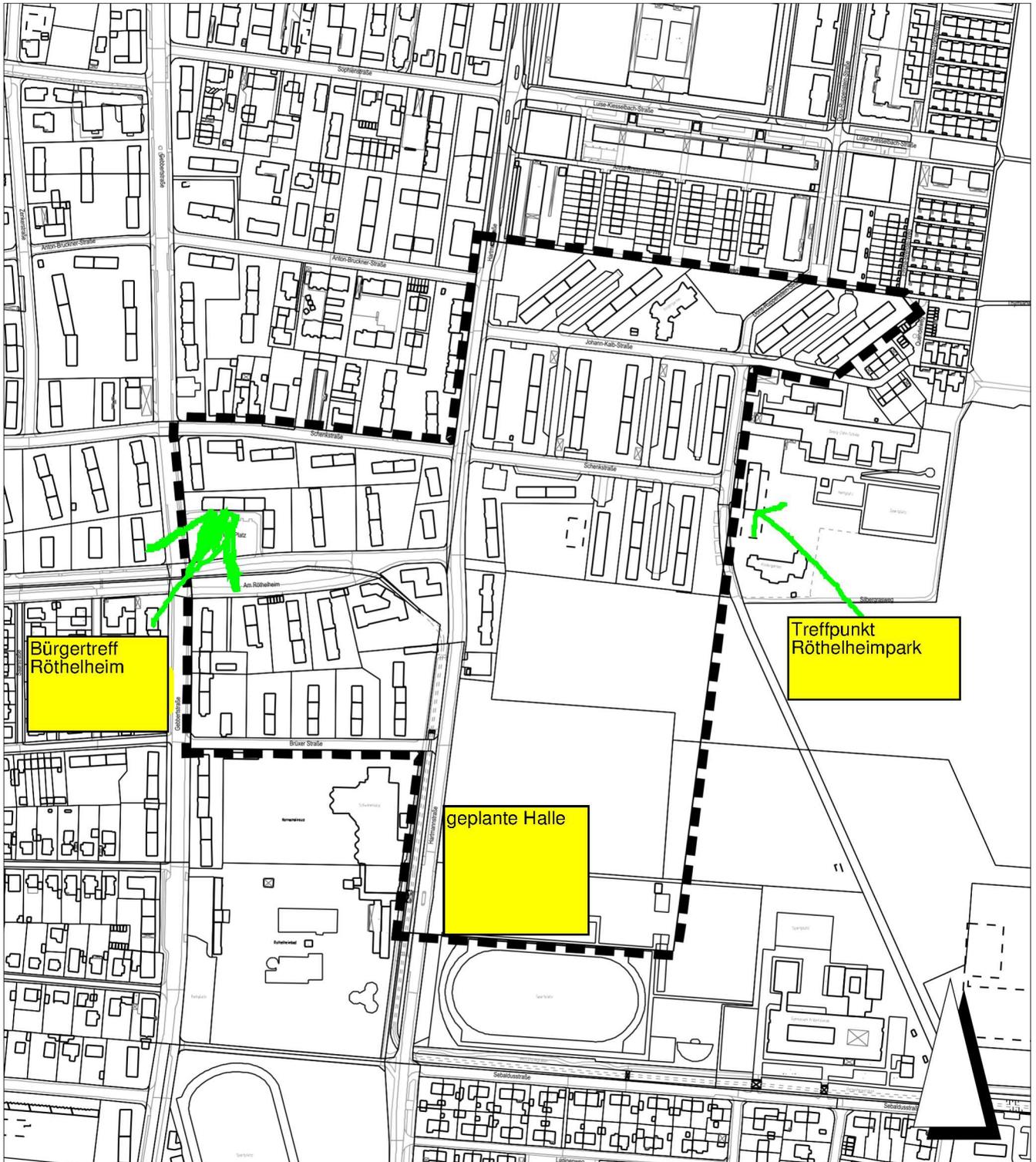
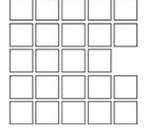
Anlagen: Karte Untersuchungsbereich an der Hartmannstraße

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Untersuchungsgebiet Hartmannstraße

Stadt Erlangen



Grenze des Untersuchungsgebietes

Kartengrundlage: Ausschnitt aus dem Liegenschaftskataster

Stadt Erlangen
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Stand: Juli 2014

Minister sieht große Entwicklungsmöglichkeiten im Osten

Herrmann sieht Naturschutz durch Hallen-Pläne nicht berührt — Bürgerinitiative Exerzierplatz will Projekt auf Eis legen

ERLANGEN — Der geplante Bau einer Handball-Halle im Stadt-Osten stößt nicht auf ungeteilte Freude. Während Birgitt Aßmus, CSU-Fraktionsvorsitzende im Erlanger Stadtrat, „beglückt“ von den neuen Entwicklungen ist (wir berichteten in unserer gestrigen Ausgabe), fordert die Initiative „Rettet unseren Exerzierplatz“ das Projekt auf Eis zu legen.

Wie berichtet, sehen Oberbürgermeister Florian Janik, Innenminister Joachim Herrmann und Erlangens Bau- und Planungsreferent Josef Weber gute Chancen, mit Hilfe des Städtebauförderungsprogramms

„Soziale Stadt“ das Projekt voranzutreiben. Gefördert mit öffentlichen Geldern soll ein Sport-, Gesundheits- und Begegnungszentrum mit einer Vierfachturnhalle entstehen, wobei letztere auch als Spielstätte für den frischgebackenen Handball-Erstligisten HC Erlangen dienen würde.

Doch während zum Beispiel die CSU-Fraktionsvorsitzende im Erlanger Stadtrat, Birgitt Aßmus, erfreut über die aktuelle Entwicklung ist, fordert die Initiative „Rettet unseren Exerzierplatz“ die Pläne „solange auf Eis zu legen, bis unsere Einwände entkräftet sind“. Die Initiative will den Exerzierplatz von jeder weiteren

Bebauung freizuhalten und ihn als Naturschutzgebiet beziehungsweise als Naherholungsgebiet erhalten. Außerdem befürchtet die Initiative, dass die gesamte Fläche zwischen Hartmannstraße und Staudtstraße, die nicht unter Naturschutz steht, zum Parkplatz umfunktioniert wird.

Ihre Bedenken hatte die Initiative bereits im Dezember vergangenen Jahres in einem Schreiben an den damaligen Stadtrat und den OB formuliert. Bislang aber keine Antwort erhalten.

Dem widerspricht Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann in einem Gespräch mit unserer Zeitung vehement. Die Planungen wür-

den das Naturschutzgebiet nicht tangieren, so der Minister.

Erfreut ist der Minister über die „konstruktive Zusammenarbeit“ mit der neuen Stadtspitze. Sein Vorschlag, die Entwicklung im Erlanger Stadt-Osten mit Hilfe des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“

voranzutreiben und damit eventuell doch noch die Handball-Halle zu realisieren, sei auf fruchtbaren Boden gefallen. „Ich sehe hervorragende städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten im Erlanger Stadt-Osten“,

heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung des Ministers und des Oberbürgermeisters. hör



OB Florian Janik 100 Tage im Amt – ausgewählte Maßnahmen

Wohnen

Um das Wohnungsangebot in Erlangen zu verbessern, werden Maßnahmen zur **Nachverdichtung** sowie zum **Ausbau und zur Aufstockung von Dachgeschossen** initiiert. Für die Nachverdichtung werden entlang vorhandener sozialer (z.B. Schulen, soziale Einrichtungen) und technischer Infrastrukturen (z.B. Kanalisation, Verkehrsnetze) Flächen identifiziert, die sich zur Nachverdichtung eignen. Ziel ist es dabei, vorhandene Infrastrukturen zu nutzen. Ferner wurde ein Baulückenkataster aufgestellt, auf dessen Grundlage u.a. Maßnahmen zur Nachverdichtung entwickelt werden können. Um die notwendige Verdichtung des Wohnraums unter Einbeziehung der dort lebenden Menschen vorantreiben zu können, hat die Verwaltung ein Begleitkonzept vorgelegt, das der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss am 1. Juli einstimmig beschlossen hat. Als Ziele von Nachverdichtungen werden die Erhöhung des Wohnungsangebots und die Verbesserung der Bestandssituation genannt. Bestandsmieter sollen nicht verdrängt werden. In einem mehrstufigen Verfahren sollen die Bewohnerinnen und Bewohner der Gebiete künftig informiert und in ein Wettbewerbsverfahren zur Entwicklung von Gesamtkonzepten für die Quartiere einbezogen werden. Erstmals wird ein entsprechendes Verfahren für die Brüxer Straße durchgeführt.

Die Vorbereitungen für die Aufstockungsinitiative sind weit vorangeschritten. Ab dem Herbst soll es Interessenten möglichst schnell und unbürokratisch ermöglicht werden, Dachgeschosse auszubauen bzw. aufzustocken. Mit einer Veranstaltung im Herbst werden Bauträger und Wohnungsgesellschaften auf die veränderten Möglichkeiten hingewiesen. Die GEWOBAU wird sich sowohl an der Nachverdichtung als auch am Aufstockungs- und Ausbauprogramm beteiligen.

Durch eine **Erhöhung der Mietobergrenzen für Wohngeldempfänger** wird sichergestellt, dass für Menschen aus benachteiligten Lebenslagen mehr Wohnraum genutzt werden kann.

Stadt-Umland-Bahn

Nach intensiven Verhandlungen mit dem Landkreis Erlangen-Höchstadt und der Stadt Nürnberg ist die **Gründung eines Zweckverbands** weit vorangeschritten. Sie soll im September erfolgen. Damit werden die Grundlagen dafür geschaffen, dass die beteiligten Gebietskörperschaften das Verkehrsprojekt gemeinsam planen können.

Parallel werden die Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern vorangetrieben. Ziel bleibt es, unabhängig von den Verhandlungen zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, eine möglichst hohe Förderung durch Bund und Land zu erreichen.

Siemens-Campus

In den Verhandlungen mit der Siemens AG wurde eine umfassende **Beteiligung der Bevölkerung an der Planung des Siemens-Campus** vereinbart. In einem ersten Schritt erfolgt die Beteiligung bereits in der Wettbewerbsphase. Da der Campus erhebliche Auswirkungen auf weitere Stadtviertel haben wird, sollen ab 2015 die Beteiligungsverfahren auf die gesamte Stadt ausgeweitet werden.

Dialogorientierung und Bürgerversammlungen

Die Bürgerversammlungen sollen künftig um **Veranstaltungsangebote** ergänzt werden, die mehr **Bürgerbeteiligung und Interaktion** ermöglichen. Entsprechende Angebote sollen erstmals bei den anstehenden Bürgerversammlungen (Altstadt/Zentrum am 9. Oktober; Gesamtstadt am 18. November) vorgestellt werden. Parallel soll die Verwaltung so umgebaut werden, dass die Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern besser aufgegriffen werden können.

Erlangen-Pass

Der Erlangen-Pass, der Menschen mit geringem Einkommen kostenlosen oder vergünstigten Zugang zu städtischen Einrichtungen ermöglichen soll, wird dem Stadtrat für das kommende Haushaltsjahr zur Entscheidung vorgelegt. Ermäßigungen im ÖPNV erfolgen zunächst auf Abos; eine Ausweitung auf alle Tickets bleibt geplant.

Freibad West

Planungen und Vorbereitungen für die Sanierung des Freibades West und den Neubau eines Hallenbades sind so weit vorangeschritten, dass 2015 mit den Sanierungs- und Bauarbeiten begonnen werden kann. Das Freibad West soll im Sommer 2016 wieder eröffnen, das Hallenbad ebenfalls im Herbst 2016 fertig sein.

Freizeitzentrum Frankenhof

Der Architekturwettbewerb zu Sanierung und Umbau des Freizeitentrums Frankenhof läuft bis Ende des Jahres. Parallel erarbeitet die Stadtkämmerei derzeit ein Finanzierungsmodell für das Projekt (Stiftung, Mietbau etc.).

Sport-, Gesundheits- und Begegnungszentrum

Der Wettbewerb für ein Sport- und Begegnungszentrum im Stadtosten wurde abgeschlossen. Derzeit wird die Kostenrechnung erarbeitet. Parallel werden die Planungen vorangetrieben, um das Projekt in eine umfassende Entwicklung des Stadtteils um die sogenannte housing-area einzubinden. Damit werden die Grundlagen für eine Förderung durch das Bund-/Länderprogramm „Soziale Stadt“ geschaffen.

Bildung und Soziokultur als neue Schwerpunkte der Verwaltung

Die Neustrukturierung der Verwaltung im Bereich Bildung und der Soziokultur wurde vorangetrieben. Im neuen Referat für Bildung, Kultur und Jugend ist es künftig möglich, ein einheitliches Bildungskonzept für unterschiedliche Bereiche und Lebensphasen zu entwickeln. Im neu geschaffenen Amt für Soziokultur, das dem Referat für Umwelt, Energie, Gesundheit und Sport zugeordnet ist, werden die Themen Gesundheit und Umwelt verstärkt mit der Stadtteilarbeit verknüpft.

Kontakt: Pressestelle, Dr. Christofer Zwanzig, Telefon 09131 86-2566.

Eckpunkte für die Ampelkoalition 2014 bis 2020

1. Politik – Verwaltung – Bürgerschaft

Leitziel der Stadtpolitik muss sein, sie im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten und Betroffene zu Beteiligten zu machen.

In allen kommunalpolitischen Bereichen soll die unmittelbare und möglichst intensive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen weiter ausgebaut werden.

Wir bekennen uns zu einer frühzeitigen Einbindung der Interessen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger sowie von Institutionen und Verbänden bei neuen Großprojekten. Bereits bestehende Konzepte, die in bürgerschaftlichem Engagement entwickelt wurden, werden wir aufgreifen und uns im Dialog damit auseinandersetzen.

Fachgespräche, Bürgerkonferenzen, Planungsdialoge, Nachbarschaftskonferenzen, Bürgergutachten und ähnliches können und sollen dabei helfen, die unterschiedlichen Interessen frühzeitig an den Planungen zu beteiligen, die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten zu erhöhen und eine schnellere und meist wirtschaftlichere Realisierung zu ermöglichen.

Dazu gehört auch das Bemühen um neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung. Wir wollen die Möglichkeiten kommunaler Instrumente der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern für die jeweiligen Fragestellungen ausschöpfen.

Ehrenamt braucht hauptamtliche Unterstützung: Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle (nicht eine neue Planstelle) zur Engagementförderung in der Stadtverwaltung. Ziel ist es, bürgerschaftliches Engagements in seiner Vielfalt zuverlässig zu fördern und insbesondere die Kommunikation und Kooperation der Akteure vor Ort voranzutreiben.

Folgende übergeordnete Themen haben für uns besondere Bedeutung:

- der Ausbau der Bürgerbeteiligung und die Förderung des politischen Interesses (durch besser gestaltete Bürgerversammlungen, eine andere Pressearbeit, evtl. stadtweite Ortsbeiräte)
- die Umsetzung des Leitbilds Integration: Umsetzung einer Willkommenskultur, einschl. der besonderen Unterstützung für Flüchtlinge, Abbau von Vorurteilen
- die Weiterentwicklung von Gleichstellungspolitik/Frauenförderung (berufliche Förderung von Frauen, Förderung der Frauenprojekte und Stärkung der Gleichstellungsstelle) und Diversity Management
- Inklusion und umfassende Barrierefreiheit als Querschnittsthema
- die Gestaltung der Folgen des Demographischen Wandels.

2. Wohnen

Ziel ist der Erhalt und die Schaffung von preiswertem, barrierefreiem und energieeffizientem Wohnraum. Deshalb liegt der Schwerpunkt in den Baugebieten auf Geschosswohnungsbau und weniger auf Einfamilienhausbau. Innerhalb des Geschosswohnungsbaus wird verstärkt auf die GeWoBau, aber auch auf Baugenossenschaften, Stiftungen, Bauträgergemeinschaften, etc. gesetzt. Auch ist zunächst eine Bestandsaufnahme sämtlicher geförderter Wohnungen sowie sämtlicher städtischer Subventionen hierfür notwendig.

Im gesamten Stadtgebiet werden die Möglichkeiten der Verdichtung unter Berücksichtigung der Belange der Anwohnerinnen und Anwohner, des Stadtbildes und des Natur- und Klimaschutzes geprüft.

Dazu wird eine vollständige Aufstellung von Baulücken unter Einbeziehung von Parkplätzen (v.a. der Stadt, von Siemens und der Universität) erstellt. Auch die Möglichkeit der Be- und Überbauung von Parkplätzen und alternative Wohnformen (z.B. Wagenplätze) gehören dazu.

Kurzfristig wird gemeinsam mit den Eigentümern der bestehenden Geschosswohnungen eine Aufstockungsoffensive gestartet. Die Stadt ermöglicht dabei Aufstockungen und den Ausbau der Dachgeschosse. Dadurch soll vor allem flexibel nutzbarer Wohnraum geschaffen werden. Die Stellplatzsatzung wird daraufhin überprüft, ob zur Schaffung weiteren Wohnraumes eine Änderung notwendig ist.

3. Sport

Sportliche Betätigung in jedem Lebensalter dient nicht nur der Förderung bzw. dem Erhalt von Gesundheit und Wohlbefinden, sondern gleichermaßen auch der Förderung von Integration und der Vermittlung demokratischer Werte. Die Förderung der Sportvereine führen wir angemessen fort. Wir treiben die Sanierung des Freibads West und den Neubau eines Hallenbads dort voran.

Das Konzept und der Standort für die neue Sporthalle sind richtig. Problematisch ist vor allem die Finanzierung. Da ein beträchtlicher Teil der Kosten durch den Bau als bundesligataugliche Handballhalle entsteht, wird es zur Realisierung notwendig sein, dass maßgebliche Teile der erforderlichen Gelder von Sponsoren oder anderen Zuschussgebern kommt. Bevor nicht eine relevante Größenordnung von Sponsorengeldern zugesichert ist, wird die Halle nicht gebaut werden können.

Die Stadtspitze wird sich aktiv um die Einwerbung von Drittmittelgebern bemühen.

Bei Errichtung einer neuen Sporthalle wird ein Verkehrskonzept mit starker Anbindung an den ÖPNV (z.B. Kombiticket) erstellt. Die Versiegelung weiterer, nach dem Bau verbleibender Freiflächen soll unterbleiben.

4. Wirtschaft und Arbeit

Die Erlanger Wirtschaftsstruktur werden wir erhalten und weiterentwickeln. Den Erfordernissen der Großunternehmen gerecht zu werden und gleichzeitig auch denen der kleineren und mittelständischen Unternehmen — dieser Aufgabe stellen wir uns. So können